

# Delegiertenversammlung BLVK

## Protokoll der 116. ordentlichen Delegiertenversammlung BLVK Mittwoch, 22. Mai 2013, 8<sup>30</sup> im Rathaus Bern, Rathaussaal

Vorsitz:	Präsident Jürg Boss
Protokoll:	Sekretär Jörg Fritschi
Anwesend:	70 Delegierte 10 Mitglieder der Verwaltungskommission Heil Luzius, Dir. BLVK, Kaufmann Christian, Vizedir. BLVK Mitarbeitende der BLVK
Gäste:	BBSA: Daniel Zimmermann ERZ: Margot Hofstetter LEBE: Regula A. Bircher, Christoph Michel SEJB: Peter Gasser BSPV: Matthias Burkhalter BPK: Arnold Wildi, Otto Aebi, Erich Frauenfelder, Hansjürg Schwander, Roland Seiler Finanzkontrolle: Astrid Bütikofer BDO: Thomas Stutz AON Hewitt: Iwan Lanz
Referenten:	Stephan Wyss, techn. Projektleiter Futura Pierre-Yves Grivel, Grossrat und Präsident FDP Adrian Haas, Grossrat FDP Roland Näf, Grossrat und Präsident SP Samuel Leuenberger, Grossrat und Vizepräsident BDP
Entschuldigte Delegierte:	M. Fretz, J. Marti, R. Schmid, A. Thalmann, D. Wildhaber, M. Zurbuchen
Entschuldigte Gäste:	Werner Koradi, VT-Experte, Werner Hostettler, Präs. PVBL
Simultanübersetzer:	Sulpice Piller

## Verhandlungen

### 1. Eröffnung

Präsident Jürg Boss eröffnet die 116. o. Delegiertenversammlung der BLVK mit der Begrüssung der Verwaltungskommission, der Direktion und den Mitarbeitenden der Verwaltung BLVK, den Gästen und den Medienschaffenden.

Traktandum 4 wird im Zentrum dieser Versammlung stehen. Der RR erwähnt in seinem Vortrag zum PKG (→ S. 8) an den GR: „Die Vorsorgebedingungen sind ein wichtiges Element der gesamten Anstellungsbedingungen ...“. Es stellt sich die Frage, ob der Grosse Rat in der Junisession im Sinne dieser Absichtserklärung handeln und die Vorleistungen der Lehrerschaft, die in den Medien permanent verschwiegen werden, würdigen wird.

Der Präsident begrüsst die 4 Referenten, welche uns über ihre Haltung und diejenige ihrer Fraktion zum PKG berichten können:

*P.Y. Grivel*, Präsident FDP, *S. Leuenberger*, Mitglied Fraktion BDP und vorberatende grossrätliche Kommission, *A. Haas*, Präsident FDP und den etwas später eintreffenden *Roland Näf*, Präsident SP.

Der Antrag des Büros, die Traktanden 6 und 7 nach Traktandum 4 abzuwickeln, wird ohne Gegenstimme akzeptiert.

### 2. Wahl der Stimmzählenden

Als Stimmzählende werden gewählt: A. Jobé, U. Baumann, H. Gruber.

### 3. Protokoll der 115. a.o. Delegiertenversammlung vom 18. Sept. 2012

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

### 4. Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG)

#### 4.1 Einführungsreferat Stephan Wyss, techn. Projektleiter Futura. Herausforderung und aktueller Stand

Der Referent betont die neuen Herausforderungen seit dem Auftrag des Grossen Rates von 2008. Das Tiefzinsumfeld und das neue Bundesrecht ab 1.1.2012 haben die Komplexität des ursprünglichen Futura-Auftrags erheblich erhöht. Für das neue PKG sieht er den Vorschlag der

# Delegiertenversammlung BLVK

Teilkapitalisierung mit einem Ziel-Deckungsgrad (DG) von 100 % als möglicherweise mehrheitsfähigen Kompromiss. Ob alle Beteiligten bereit sind, Kompromisse einzugehen???

Der Regierungsrat schlägt dem Grossen Rat in der grünen Vorlage die Teilkapitalisierung mit einer reduzierten Schuldanererkennung von total 2.1 statt 2.8 Mia vor. Diese will die Grossratskommission gar auf 1.7 Mia kürzen und den Ziel-DG 100 % bis 2034 erreichen. In der grauen Vorlage vom 8.5.2013 beharrt der Regierungsrat aber auf dem Jahr 2051 mit einer Schuldanererkennung von total 2.1 Mia CHF.

Das Erreichen des Ziel-DG von 100 % bis 2034 oder 2051 hat Auswirkungen auf die Höhe der Finanzierungsbeiträge! Diese sind nötig und es kann keine "echte" Wertschwankungsreserve gebildet werden. Abweichungen zwischen effektivem DG und DG gemäss Finanzierungsplan sind wegen Renditeschwankungen unvermeidbar.

Der separat auszuweisende DG der aktiven Versicherten sollte mindestens gehalten werden können, da der DG für alle Versicherten auf 100 % gesteigert werden muss.

Die Variante der Teilkapitalisierung nach Vorschlag Grossratskommission wird (nach PKG und BVG) voraussichtlich zu doppelt so hohen Finanzierungsbeiträgen für Sanierungsmassnahmen führen wie die Variante des RR.

Höhere Finanzierungsbeträge werden insbesondere notwendig, wenn ...

- sich die finanzielle Lage im Laufe 2013 (erheblich) verschlechtert
- die für einen konstanten DG notwendige Sollrendite nachhaltig nicht erwirtschaftet werden kann
- sich der Cash-Flow negativ entwickelt (Beitragseinnahmen < auszahlende Leistungen)
- strukturelle Verlustquellen vorhanden sind (v.a. zu hoher Umwandlungssatz)

*Eine paritätische Sanierung bzw. Ausfinanzierung (ohne Schuldanererkennung) wäre für die Versicherten aus Sicht des Experten nicht zumutbar.*

## 4.2 Vertreter von Grossratsfraktionen nehmen Stellung.

### a) Pierre-Yves Grivel, FDP, äussert persönliche Gedanken.

Als Mitglied der FDP Fraktion mit 17 Grossräten kann er seine persönlich oft differierende Meinung äussern.

Er war auf dem Bundesplatz von der Demo beeindruckt. Als Parteipräsident kann er für die Vernehmlassung seiner Partei kritisiert werden, diese ist aber nichts Definitives. Er wird sich für einen partnerschaftlichen Kompromiss einsetzen. Die Lehrer haben jahrelang auf zu viel verzichtet und sich dabei zurückgehalten. Sie müssen jetzt angehört werden und benötigen Anerkennung und Unterstützung.

A. Haas, FDP findet den Kommissionsvorschlag als tragbar, eine vom Bund geforderte Vollkapitalisierung im Falle eines Scheiterns der Vorlage als unzumutbar. Ein Referendum mit einem russischen Basar von Volksvorschlägen sollte verhindert werden.

Details werden noch zu diskutieren sein. Für die Übergangsfinanzierung muss eine besonders für die benachteiligten Älteren gerechte Lösung gefunden werden. Für die FDP geht der Kommissionsvorschlag in die richtige Richtung.

### b) Roland Näf, SP, erklärt, was für die Lehrerschaft im Vordergrund steht:

- **Faire Renten**
- **Nettolohn**

Zu den massiven Reallohnsenkungen der letzten Jahre fordern jetzt die Bürgerlichen eine nochmalige Verschlechterung durch noch höhere Pensionskassenbeiträge. Dabei besteht schon heute ein Lohnrückstand im Vergleich zu anderen Kantonen und gegenüber ArbeitnehmerInnen in anderen Wirtschaftssektoren mit vergleichbarer Ausbildung.

Ein Vergleich der Steuerbelastung in den Kantonshauptorten zeigt, dass Bern an 5. Stelle zu den Kantonen mit der höchsten Steuerbelastung gehört. Dabei sind die Steuern gesenkt und die Finanzierung neuer Aufgaben vom Bund übernommen worden. Durch die Erhöhung der Mieten und der Krankenkassenprämien steht jedem Haushalt immer weniger zur Verfügung.

Die SP-Fraktion wird mit einer dringlichen Motion den Regierungsrat auffordern, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit die Auswirkungen der anstehenden Gesetzesrevisionen (Pensionskassengesetz, Lehreranstellungsgesetz, Personalgesetz) zu keinen Nettolohnsenkungen führen werden.

# Delegiertenversammlung BLVK

## c) Samuel Leuenberger, BDP

Für die BDP ist es wichtig, eine Lösung zu finden, die sowohl den Staat Bern als auch die Versicherten nicht über Gebühr belastet und die Ausfinanzierung nicht auf die kommenden Generationen überträgt. Sie hat deshalb versucht als Brückenbauer mittels Adaption des bekannten „Zugermodells“ den gordischen Knoten in der bernischen Diskussion zu lösen.

Die BDP ist der Auffassung, dass die Pensionskassengesetzgebung und die momentan anstehenden Änderungen des LAG gesondert voneinander zu beurteilen sind. Das PKG bedarf einer sehr langfristigen Optik. Ein Scheitern der Vorlage mit der Bundeslösung als schlimmstem Fall würde zu einem Verbleib im Leistungsprimat, zu einem weiteren Anstieg der Deckungslücke und zu untragbaren Sanierungsbeiträgen über 10 Jahre führen.

### Diskussion:

*U. Baumann:*

Die Babyboomer-Generation hat diesen Sozialstaat aufbauen helfen, jetzt sind wir die Leidtragenden. Wenn durch schlechtere Rentenbedingungen ein weiterer Lohnabbau erfolgt, wird es einen Exodus der 60-65-jährigen geben und der Lehrermangel akut werden.

*A. Jobé* unterrichtet seit 15 Jahren. Er stellt fest, dass er dies nach 15-jähriger Sparübung zu viel schlechteren Bedingungen als in den Nachbarkantonen tut. Nun präsentiert die grossrätliche Kommission einen unakzeptablen Vorschlag zum PKG. Für wen hat er Sanierungsbeiträge bezahlt? Wohl damit er bei seiner Pensionierung eine noch kleinere Rente erhalten wird.

Wenn er mit 60 Jahren pensioniert würde, was hat er dann geleistet?

*U. Senften* erinnert daran, dass wir alle Steuerzahler sind! Für ihn ist ungewiss, was auf ihn zukommt. Wie wird die Übergangsförderung aussehen?

*A Haas* stellt richtig, dass er bezüglich Übergangsförderung nur gesagt hat, dass die Kommission diesen Artikel noch nicht bis ins Detail erarbeitet hat. Es wird wohl eine Rückweisung dieses Artikels geben. Er ist der Meinung, dass eine gerechte Lösung gefunden werden muss, die keine falschen Profiteure des Systems schafft.

Er geht mit *Herrn Näf* einig, dass die Löhne der Lehrerschaft insbesondere gegenüber anderen Kantonen im Rückstand sind. Nun reicht aber die gesamte Lohnsumme für das gesamte Personal des Kantons nicht mehr aus. Deshalb muss der Personalbestand reduziert werden.

*S. Leuenberger* erklärt, dass die BDP zur Übergangseinlage steht und der Primatwechsel ohne Einbusse für das Personal über die Bühne gehen muss. Es sind Details zu regeln, z. B. sollten die Dienstjahre berücksichtigt werden. Die BDP steht zur Kommissionslösung.

*H. Büchler* stellt fest, dass nicht alle Forderungen der BLVK verstanden werden.

Niemand hat eine Rentnervertretung verlangt, einzig das Schaffen der Möglichkeit, dass Rentner auch weiterhin als Delegierte wählbar sind.

Niemand hat die Äufnung eines Indexfonds verlangt, das soll man nicht behaupten. Wir verlangen nur die gesetzliche Grundlage dazu!

*U. Baumann* nimmt nochmals Stellung zum Gesamtpaket. Wir haben kaum Aufstiegschancen. Junge Studenten werden kaum mehr den Lehrerberuf wählen, wenn die Anstellungsbedingungen ungenügend sind.

*H. Bangerter* hat das ganze Rückzugsgefecht seit dem Erscheinen des PUK-Berichts verfolgt. Keine Partei hat bis heute festgestellt, dass alle Zahlen, die dem Kommissionsbericht zugrunde liegen falsch sind!

*Ch. Zürcher* äussert noch eine dritte FDP-Meinung: „Es scheint in dieser Versammlung einige empfindliche Ohren zu geben, die das Wort Referendum nicht hören können.“

Was die Kommission vorschlägt ist kein Kompromiss sondern die Auswahl zwischen Pest und Cholera. Es glaubt kein Mensch daran, dass der Bund die Guillotine fallen lässt, es gibt schliesslich noch mindestens 12 kantonale Pensionskassen, die noch schlimmer dran sind.

Er erwartet, dass die Kommission noch einmal über die Bücher geht. Was sie vorschlägt ist ein Scheinkompromiss auf dem Rücken des Personals.

*S. Wyss* nimmt zu 2 Postulaten Stellung:

Die BVG-Vorschrift besagt, dass das Wahlgremium aus aktiven Versicherten besteht. Rentner dürfen aber in die VK gewählt werden, sowohl als Arbeitnehmer- als auch als Arbeitgebervertreter. (Anm.: Das Postulat DV BLVK bezieht sich auf die Vertretung in der DV)

# Delegiertenversammlung BLVK

Zum Teuerungsfonds erklärt er, dass jede Kasse verpflichtet ist, sich jährlich zur Teuerung zu äussern. Wenn sie die finanziellen Möglichkeiten hat die Renten zu erhöhen, muss sie dies tun.

*Dir. L. Heil:*

Von der Presse werden meist 2 Namen benutzt, nämlich *Versicherte* und *Steuerzahler*. Sie vergisst dabei, dass auch die Versicherten Steuerzahler sind! (Laut Statistik ca. 11 % der steuerpflichtigen natürlichen Personen im Kanton). Rechnet man den Beitrag, den die Versicherten beider Kassen an die Sanierung beitragen mit dem Steueranteil zusammen, dürften dies zwischen 30 und 40 % sein!

Der Direktor versichert, dass die Finanzierungsbeiträge von 5.1 % während 20 Jahren wie sie von Herrn Wyss genannt wurden wesentlich höher sein werden. Die getroffenen Annahmen werden sicher so nicht eintreten. Herr Wyss hat ja davor gewarnt.

Die Kapitalerträge sollen der Sollrendite entsprechen. Die Rendite kann aber infolge Unterdeckung nur auf 80 % des Kapitals generiert werden, es müssen aber 100 % verzinst werden. Diese Rechnung geht nicht auf!

*L. Heil* richtet die Frage an zwei anwesende Parteivertreter, ob sie immer noch hinter dem „Kompromiss“ stehen werden, wenn ihnen bekannt ist, dass die Gesamtbeiträge der Versicherten 20 %, also rund 1/3 mehr ausmachen werden als vorgesehen.

Die externen Referenten erhalten für ihren Beitrag ein kleines Präsent.

## 4.3 Positionierung Büro DV BLVK. ([siehe Anhang 1](#))

*S. Wacker* stellt fest, dass der Erziehungsdirektor im einleitenden Überblick über das PKG an den GR das vorgeschlagene Gesetz als „ausgewogenes Gesamtpaket“ bezeichnet. Dieses erfüllt aber die von DV BLVK in der Vernehmlassungsantwort gestellten Forderungen keineswegs.

Die Vorschläge der grossrätlichen Kommission sind inakzeptabel. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich das Ganze als regelrechte Mogelpackung. Diese Verschlechterungen müssen rückgängig gemacht werden.

Seit 2005 hat die bernische Lehrerschaft erhebliche Opfer und Vorleistungen erbracht:

- Ausdehnung der Versicherungsjahre von 38 auf 40
- Erhöhung des Rücktrittsalters von 63 auf 65
- Erhebung von Sanierungsbeiträgen von 1.7 %
- Rentenkürzungen
- Erhöhung der ordentlichen Beiträge
- Aufhebung der kollektiven Finanzierung der Überbrückungsrente, Berufs-IV und Zusatzrenten.

Die Massnahmen von 2005 – 2012 betragen kumuliert zu Ungunsten der Arbeitnehmenden rund 1.8 Mia Franken!

Der Mangel an qualifizierten Lehrpersonen wird sich verschärfen. Politikerinnen und Politiker, die dieser negativen Entwicklung nicht mit Verbesserung der Anstellungsbedingungen Einhalt gebieten wollen, verschulden ein mittelfristiges Absinken der Bildungsqualität und tragen dafür eine persönliche Verantwortung.

Sollte die Vorlage in ihrer jetzigen Form angenommen oder sogar noch verschlimmert werden oder sollte das Thema „Neues Pensionskassengesetz“ für parteipolitische Auseinandersetzungen missbraucht werden, beispielsweise um Wahlkampf für die im Frühling bevorstehenden Wahlen zu betreiben, so muss sich das Büro DV Gedanken machen, mit welchen Massnahmen wir unsere berechtigten Forderungen politisch durchsetzen können.

*J. Boss* sagt klar und deutlich, dass die Unterstützung eines Referendums nicht mehr ausgeschlossen wird.

### **Beschluss:**

Dieser Positionierung wird von den Delegierten ohne Gegenstimme zugestimmt.

## 4.4 Beschlussfassung über die Kompetenzerteilung an das Büro DV bei Handlungsbedarf

### **Antrag:**

**„Das Büro DV wird ermächtigt, allenfalls notwendige Schritte gegen nicht akzeptable Beschlüsse des Grossen Rates zu unternehmen. Dabei ist mit den betroffenen Berufsverbänden zusammenzuarbeiten. Die Delegiertenversammlung ist in geeigneter Weise zu informieren.“**

Es könnte ev. eine ausserordentliche Delegiertenversammlung nötig sein.

**Abstimmung:** Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

## 5. Geschäftsbericht 2012

# Delegiertenversammlung BLVK

## 5.1 Verwaltungskommission und Direktion

*Dir. Heil* hält ein beachtenswertes Referat über „Mega-Trends in unserer Gesellschaft und Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Vorsorge“. Es ist als Ganzes [online verfügbar](#).

Er beleuchtet die Änderungen in der Gesellschaft, den demografischen Wandel und die steigende Bedeutung der Vorsorgelösung für die Attraktivität eines Arbeitgebers.

Was, wenn sich die Finanzmärkte einmal über längere Zeit nicht erholen werden??

Am 7. März 2010 wurde über die Senkung des Umwandlungssatzes abgestimmt. Heute ist man der Auffassung, dass diese Abstimmung ein Desaster war.

Künftig wird das Individuum im Zentrum des Lebensplans stehen und damit auch der Altersvorsorge:

- Es bedarf gleichwertige Behandlung verschiedenster Partnerschaftsformen.
- Der Einfluss des Arbeitsmarkts wird geprägt sein durch eine verminderte Anzahl der Arbeitnehmer.
- Auf Individueller Ebene ist mit einer laufenden Veränderung der Einkommen zu rechnen, ja sogar mit temporären Einkommensausfällen.
- Ein Arbeitgeberwechsel muss nicht mehr zwingend zum Wechsel der Vorsorgeeinrichtung führen.
- Ohne Absicherung gegen Pflegekosten ist eine individuelle Vorsorge nicht mehr möglich.
- Nötig werden individuelle Vorsorgestrategien zur Nutzung zusätzlicher Lebensjahre.

## 5.2 Anlagetätigkeit

*Th. Tillmann* orientiert über die Anlagetätigkeit und freut sich über die positiven Zahlen des vergangenen Rechnungsjahres. Nach einem guten Start verschärfte sich die Eurokrise, bis M. Draghis Ankündigung zur Rettung des Euros zur Wende führte und sich die Aktienmärkte massiv verbesserten. Die Zinsen blieben tief. Die Rendite erreichte bis zum Jahresende 8.53 %. Damit konnte der Deckungsgrad auf über 83 % gesteigert werden. Keinen Einfluss hatte in diesem Jahr die Währungsabsicherung.

Wegen grosser Abflüsse auf Grund der attraktiven Bankangebote für Hypotheken hat die BLVK auch Fest- und Libor-Hypotheken eingeführt.

Das Verhältnis Aktive zu Rentnern sinkt mit der steigenden Zahl an Rücktritten weiterhin und liegt per Ende 2012 bei etwa 2.5.

Gemäss allen Umfragen liegt die BLVK bei den Kassen mit den besten Renditen für das Jahr 2012.

*H. Büchler* lobt die Arbeit der Anlageabteilung. Er möchte wissen, wie stark wir bei Rohstoff-Firmen investiert sind. Dies ist nur indirekt der Fall, wenn im Index Rohstoff-Firmen enthalten sind.

Die Anlageentscheide sind klar kommuniziert. Sie werden im Anlageausschuss vorbereitet und von der VK abgeseget. Das Wichtigste ist die Strategie.

**5.3 Tätigkeit der CGAS:** Der Bericht liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

## 6. Anträge zuhanden Büro DV (Art. 15 Abs. 2 OgRDV)

### 6.1 Wahlkreis Bern-Nord

**Das Büro der DV setzt sich dafür ein, dass sowohl Lehrpersonen wie auch Rentnerinnen und Rentner als Delegierte wählbar sind.**

**Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.**

### 6.2 Wahlkreis Bern-Süd

**Das Büro DV BLVK wird beauftragt, eine „Arbeitsgruppe Referendum“ zusammenzustellen.**

Die Wahlkreisversammlung Seeland vom 25.04.2013 stellt Antrag, den Begriff „Referendum“ durch den Begriff „Massnahmen“ zu ersetzen.

Das Büro DV hat eine Arbeitsgruppe bereits in die Wege geleitet und Martin Steiner, Präsident WK Bern Stadt, als deren Leiter bestimmt. Dieser erklärt, dass die „Arbeitsgruppe Massnahmen“ als Ergänzung zu den etablierten Sozialpartnern zu verstehen ist nach dem Prinzip „vier Augen sehen mehr als zwei“. Der Kanton hat in den letzten 20 Jahren die Lehrerschaft wie eine Zitrone

# Delegiertenversammlung BLVK

ausgepresst und Milliarden eingespart. Wir haben in dieser Zeit weit mehr als 20 % an Kaufkraft verloren. Es ist jetzt definitiv Zeit, dies zu ändern.

Es ist die Aufgabe der AG geeignete Massnahmen zu diskutieren, vorzubereiten und nötigenfalls umzusetzen.

Da das Büro den Auftrag bereits ausgeführt hat, wird auf eine Abstimmung über den Antrag verzichtet.

## 6.3 Wahlkreis Jura Bernois

An der Wahlkreisversammlung Jura Bernois vom 01.05.2013 wurde folgender Antrag gutgeheissen:

**Das Büro DV setzt sich dafür ein, dass im neuen PKG gesetzliche Grundlagen zur Errichtung eines Teuerungsfonds geschaffen werden.**

**Dieser Antrag wird diskussionslos einstimmig angenommen.**

## 7. Vorschläge z.Hd. der VK (Art. 30 Abs. 5 OgRDV)

Zum Vorschlag des Wahlkreises Oberaargau ([→ Anhang 2](#))

Christine Haldimann gibt eine Erläuterung ab:

Wir wissen nicht, was auf uns zukommt.

Es sollten Beispiele zur Verfügung stehen, die die Auswirkungen des Vorschlags der Grossratskommission für die Versicherten aufzeigen. Die vielen Grafiken und Zahlen sind nicht für alle einfach zu lesen.

Das Büro unterstützt diesen Vortrag mehrheitlich.

*L. Heil* hat ein gewisses Verständnis für diesen Vorschlag. Die Versicherten, die kurz vor dem Rücktritt stehen, sollen wissen, ob sie mit einem vorzeitigen Rücktritt noch vor dem Primatwechsel besser fahren. Die Grossräte sollen wissen, welche Auswirkungen ihre Beschlüsse auf die Vorsorgeleistungen der Versicherten haben.

Die BLVK wird individuelle Beratungen für die Betroffenen anbieten und Simulationen erstellen, wenn konkrete Bedingungen bekannt sein werden. ([→ vgl. Nexus 2013-1 ab S. 3](#))

**Abstimmung: Der Vorschlag wird mit 35 gegen 17 Stimmen abgelehnt.**

## 8. Verschiedenes

Die nächste ordentliche DV findet am 14. Mai 2014 im Rathaus statt.

Vakanzen:

- In der VK wird 1 Arbeitnehmersitz frei. Der Wahlkreis Oberaargau hat bereits Stefan Wacker nominiert, weitere Vorschläge sind selbstverständlich möglich.
- Der Präsident und der Sekretär werden ebenfalls zu ersetzen sein. Die Wahlkreise sind aufgerufen Ersatz zu suchen.

VK-Präsident Markus Dübendorfer kündigt den Austritt von Dr. Stefan Müller (Arbeitgebervertreter) auf Ende August an. Er verlegt seinen Wohnsitz ins Ausland. Seit 2006 war er sehr aktives Mitglied der VK. Als Generalsekretär der Justizdirektion konnte er die VK in vielen Belangen immer gut beraten und hat grossen Anteil an der heutigen guten Organisation der BLVK.

Präsident Jürg Boss dankt den Mitgliedern des Büros, den Wahlkreispräsidien, der VK, der Direktion, der Direktionssekretärin und dem Simultanübersetzer für ihr Engagement und wünscht allen trotz bevorstehenden Widerwärtigkeiten eine gute Sommerzeit.

Schluss der Sitzung: 11.<sup>50</sup>

Für die Delegiertenversammlung BLVK

Der Präsident

Der Sekretär:

sign. Jürg Boss

sign. Jörg Fritschi



## Anhang 1

### Positionierung Delegiertenversammlung BLVK vom 22. Mai 2013

Die Delegiertenversammlung begrüsst die Anstrengungen des Grossen Rates die berechtigten Anliegen der Lehrerschaft zu erfüllen.

**I.** Seit 2005 erbringt die Lehrerschaft des Kantons Bern einschneidende Opfer und Vorleistungen. Die Massnahmen von 2005 – 2012 betragen kumuliert zu Lasten der Arbeitnehmenden rund 1.8 Mia Franken:

- Ausdehnung der Versicherungsjahre von 38 auf 40
- Erhöhung des Rücktrittsalters von 63 auf 65 mit massiven Rentenkürzungen bei vorzeitigem Altersrücktritt.
- Erhebung von Sanierungsbeiträgen von 1.7 %
- Erhöhung der ordentlichen Beiträge
- Aufhebung der kollektiven Finanzierung der Überbrückungsrente, Berufs-IV und Zusatzrenten

Nach 20 Jahren Sparpolitik sind weitere Verschlechterungen zu Lasten des Personals untragbar.

**II.** Die Delegiertenversammlung stellt fest, dass ihre Hauptforderungen nur teilweise berücksichtigt worden sind:

- Eine Verzinsung der Schuldanerkennung in der Höhe der Sollrendite von 3.7 % könnte helfen, die Auswirkungen der aktuellen Unterdeckung zu vermindern. Ist die Verzinsung tiefer als die Sollrendite, ist eine Ausweitung der Unterdeckung unausweichlich.
- Wir begrüssen die Haltung der Grossratskommission zu den Übergangseinlagen. Sie helfen, die einmaligen Leistungseinbussen für die betroffenen Jahrgänge beim Primatwechsel abzufedern.
- Eine Schuldanerkennung auf Basis eines Technischen Zinssatzes von 3 % an Stelle von 2.5 % gemäss grüner Vorlage bedeutet eine Quersubventionierung der Rentner zu Lasten der aktiven Versicherten im Umfang von rund 0.5 %, was durchschnittlich CHF 20 Mio pro Jahr ausmacht. Die Schuldanerkennung sollte deshalb unbedingt auf der bisherigen Basis von 2.5 % erfolgen.
- Auf Grund des heutigen Engagements und der Kompetenzen der Rentnerinnen und Rentner in der Delegiertenversammlung ist für uns ihre weitere Wählbarkeit unabdingbar.
- Das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für einen Indexfond für einen Teuerungsausgleich wurde uns vom Regierungsrat kürzlich als Grund für dessen Nichteinführung genannt. Mit dem neuen Gesetz bietet sich die Gelegenheit, diese Grundlage ohne Kostenfolge zu schaffen.
- Beim Beschluss eines Finanzierungsbeitrags zur Schliessung der Deckungslücke erachtet die Delegiertenversammlung BLVK eine prozentuale Plafonierung in der Höhe des Finanzierungsbeitrags der BPK als gerecht.
- Die heutige befristete Toleranzregelung steuert die negativen Auswirkungen der Pensenschwankungen.

**III. Fazit:**

- Verschlechterungen gegenüber der Vernehmlassungsvorlage müssen rückgängig gemacht und unsere Hauptforderungen aufgenommen werden.
- Die Vorsorgeregulierung ist nebst Lohn und Lohnentwicklung eine der zentralen Anstellungsfragen. Hier steht der Kanton Bern im Vergleich mit den anderen Kantonen schlecht da. Deutliche Verbesserungsmassnahmen drängen sich auf, um einem Absinken der Bildungsqualität entgegenzuwirken.
- Eine Schuldanerkennung auf Basis eines Technischen Zinssatzes von 3 % an Stelle von 2.5 % gemäss grüner Vorlage bedeutet eine Quersubventionierung der Rentner zu Lasten der aktiv Versicherten im Umfang von rund 0.5 %, was durchschnittlich CHF 20 Mio pro Jahr ausmacht. Die Schuldanerkennung sollte deshalb unbedingt auf der bisherigen Basis von 2.5 % erfolgen.
- Um die Hauptanliegen zu erfüllen, müssen die oben erwähnten Verbesserungen umgesetzt werden

Das Büro der Delegiertenversammlung BLVK beobachtet die faire Umsetzung mit grossem Interesse und behält sich vor, gegebenenfalls Massnahmen zu ergreifen.

[zurück](#)

## Anhang 2

### 7.1 Wahlkreis Oberaargau

**Die BLVK stellt Simulationsrechnungen auf, welche für je eine Altersklasse darstellen, wie die Versicherten bezüglich Beiträge und Rente dastehen werden, wenn sie**

- a) im Leistungsprimat ordentlich oder 1 bis mehrere Jahre früher in Pension gehen. (→ nach Vorsorgeausweis)**
- b) im Beitragsprimat ordentlich oder 1 bis mehrere Jahre früher in Pension gehen unter der Annahme, dass das vom Regierungsrat vorgeschlagene Gesetz mit den vorgeschlagenen Übergangseinlagen von insgesamt ca. 500 Mio. umgesetzt wird.**
- c) im Beitragsprimat ordentlich oder 1 bis mehrere Jahre früher in Pension gehen unter der Annahme, dass das vom Regierungsrat vorgeschlagene Gesetz ohne Übergangseinlage bewilligt wird**
- d) im Beitragsprimat ordentlich oder 1 bis mehrere Jahre früher in Pension gehen unter der Annahme, dass das von der Kommission PKG vorgeschlagene Gesetz (mit Sanierungsbeiträgen über 20 Jahre) bewilligt wird**

**Zudem wird aufgezeigt, wie aktive Versicherte im Beitragsprimat im Vergleich zum Leistungsprimat mit Sanierungsbeiträgen belastet werden, wenn durch Nichtanerkennung der Schuld durch den Kanton diese wieder eingeführt werden müssen. Diese Berechnungen werden publik gemacht.**

[zurück](#)